

Bildungsstreik 2009

Solidaritätserklärung der 40. Mitgliederversammlung des Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) vom 15.11.2009



An immer mehr Hochschulen in verschiedenen europäischen Ländern werden Hörsäle und Foyers besetzt oder wird in anderer Form gegen die Missstände im Bildungsbereich protestiert. Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) begrüßt diesen kämpferischen Auftakt des Semesters, solidarisiert sich mit den Protesten und ruft seine Mitglieder auf, die weitere Bildungsstreikbewegung, insbesondere die am 17. November 2009 geplanten Demonstration von Studierenden, Schülerinnen, Schülern und Gewerkschaften aktiv zu unterstützen.

Ausschlaggebend für die Heftigkeit der Proteste ist offenbar die Tatsache, dass die politisch Verantwortlichen zwar gezwungen sind, verbal auf die Forderungen des Bildungsstreiks zu reagieren, diese aber zugleich in Form unverbindlicher Ankündigungen und folgenloser Versprechungen zu kanalisieren versuchen. Immer noch erleben wir die offizielle Bildungspolitik als ein System organisierter Verantwortungslosigkeit, in dem sich Bund und Länder ständig gegenseitig den schwarzen Peter hin und her schieben. Einerseits wird unter dem Eindruck der Proteste die Revisionsbedürftigkeit des Bolognaprozesses eingeräumt, andererseits jedoch eine Debatte über die Ursachen von dessen bisherigem Scheitern verweigert. HRK und KMK vertrösten uns stattdessen auf eine Perspektive »technischer« Nachjustierung. An den restriktiven Rahmenbedingungen, die dieses Scheitern begünstigt haben – katastrophale Unterfinanzierung des Bildungssystems, Propagierung des Bachelor als „Regelabschluss“, Festlegung unsinniger Höchststudienzeiten – ändert sich derweil nichts. Das bildungspolitische Szenario des schwarzgelben Koalitionsvertrages setzt keinerlei Signale, an diesen restriktiven Bedingungen etwas zu ändern; zusätzliches Geld wird vor allem für Begabtenstipendien und „Elitenförderung“ aufgebracht, wodurch die bestehenden sozialen Hürden vertieft werden.

Daher gibt es keine Alternative zur Entfaltung weiteren politischen Drucks „von unten“. Lasst uns die anhaltenden Proteste und die „Inbesitznahme“ des öffentlichen Raumes dazu nutzen, unsere inhaltlichen Alternativen für Schul- und Studienreform weiter auszuarbeiten. Es geht ebenso wie um eine ausreichende Finanzierung und Demokratisierung von Bildung um die gesellschaftliche Verantwortung einer Wissenschaft, die sich der ihr aufgenötigten Kommerzialisierung widersetzt.

Einstimmig beschlossen auf der 40. Mitgliederversammlung des BdWi am 15.11.2009 in Berlin.

Quelle: <http://www.bdwi.de/show/3038469.html>